

Das Bulletin



Aktion
für vernünftige
Energiepolitik
Schweiz

4/06

FDP der Schweiz: Forderung nach CO₂-freier Stromproduktion

Die FDP-Fraktion hat vom Bundesrat eine innovative und nachhaltige Energiepolitik gefordert, welche die Versorgungssicherheit stärkt. Abgelehnt wird die Stromproduktion in Gaskraftwerken, weil diese den Klimazielen zuwider laufen. Dagegen unterstützt die FDP-Fraktion einen Strom-Mix aus Wasserkraft, erneuerbaren Energien und Kernkraft.

Die FDP-Fraktion verlangt die CO₂-freie Deckung der Strom-

lücke. So müsse die Wasserkraft ausgebaut werden, neue erneuerbare Energien seien zu nutzen und der verbleibende Bedarf sei durch Kernenergie zu decken. Damit die Kernenergieanlagen in nützlicher Frist erneuert und modernisiert werden können, verlangt die FDP-Fraktion eine Teilrevision des Kernenergiegesetzes. Im Gesetz müssen die Bewilligungsverfahren für Bau und Betrieb eines Kernkraftwerks vereinfacht und verkürzt werden.

CVP der Schweiz: Kernenergie Ja – Gaskraft Nein

Die CVP hat sich im Rahmen der Diskussion um einen Standortbatzen für die Kernkraft-Kantone über ihre Vorstellung der künftigen Stromversorgung der Schweiz geäußert. So befürwortet die CVP in ihrem Communiqué vom 14. November 2006, dass die Option Kernenergie offen gehalten wird. Der Bau von Gaskraftwerken erhält von der CVP jedoch aus Luftreinhaltungs- und Klimaschutzgründen keine Unterstützung.

Im Vordergrund steht für die Partei derzeit die Verlängerung der Betriebsbewilligung der bestehenden Atomkraftwerke. Ohne diese Massnahme würde die Wirtschaft von der Stromlücke massiv getroffen, ist die

Partei überzeugt. Zudem würde ein Verzicht der Nutzung von Kernenergie den Handlungsspielraum zukünftiger Generationen verkleinern.

Der von der Stromwirtschaft derzeit eingeschlagene Weg mit Gaskraftwerken als Übergangslösung ist für die CVP nicht gangbar, denn dadurch würde die Luft mit einem massiv höheren CO₂-Ausstoss belastet. Gleichzeitig befürchtet die CVP eine Verschlechterung der Lebensqualität, auch für die zukünftigen Generationen. Deshalb fordert die CVP dringlich griffige Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Reduktion des Energieverbrauchs.

«Den Entscheid über die künftige Energiepolitik unseres Landes dürfen wir zuversichtlich dem Volk an die Seele legen.»

Diese beherzte Aussage stammt von Rolf Schweiger, dem AVES-Präsidenten, aber auch von Rolf Schweiger, dem Ständerat und Mitglied der UREK des Ständerates. Als anerkannter Kenner der Schweizer Energieszene weiss er, wovon er spricht. Und er schätzt Vernunft und Urteilskraft des Volkes gut ein. Das ist auch notwendig; denn obwohl sich Schweizerinnen und Schweizer mehrmals klar gegen den Ausstieg und für die Option Kernenergie ausgesprochen haben, obwohl der Entsorgungsnachweis für radioaktive Abfälle eindeutig erbracht ist und eine Versorgungslücke sich bereits manifestiert, gibt es immer noch Leute, die der Realität nicht in die Augen sehen (wollen). Um im Interesse einer sicheren, unabhängigen und möglichst CO₂-freien Stromversorgung wirklich weiterzukommen, braucht es aber klare Positionen von Politik und Branche. Schweizerinnen und Schweizer warten darauf!

Den Gipfel der mehr als unverständlichen Verhinderungstaktik liefert die Berner alt Regierungsrätin Dori Schaer-Born, die als Präsidentin des «Forums Energieperspektiven 2035» einen Bericht mit brauchbaren Überlegungen zuhanden von Bundesrat, Parlament und Öffentlichkeit hätte abliefern müssen. Stattdessen wurde es – mangels Einigkeit im eigentlich gut dotierten Forum – ein Bericht, für den alleine die Präsidentin verantwortlich zeichnete; ein Bericht, der eher an längst bekannte SP-Energiepapiere erinnert als an innovative Denkanstösse im Interesse einer gesunden Energiezukunft für unser Land: Die ernst zu nehmende Stromlücke wird im Bericht nur am Rande erwähnt, die Wasserkraft soll nicht weiter ausgebaut und neue Kernkraftwerke müssten nicht realisiert werden, hingegen Gaskombikraftwerke ...!

Es gibt aber auch gute Ansätze – aus der Branche wie auch aus der Politik. Zum Beispiel die jüngsten Stellungnahmen von CVP, FDP und SVP. Trotz berechtigter Kritik an der Gasverstromung muss die Option Gaskombikraftwerke jedoch im Interesse unserer Stromversorgung offengehalten werden. Mit Priorität fordert die AVES aber nach wie vor den Bau von drei neuen grösseren Kernkraftwerken als Ersatz für bestehende. Das Schweizervolk soll bis 2012 gemäss geltendem Kernenergiegesetz dazu an der Urne Stellung nehmen können. Bruno Fäh

Nach Rekord-Stromimporten:

Nur neue Kraftwerke können zunehmende Auslandabhängigkeit verhindern

Die Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK) musste im vergangenen Winterhalbjahr 15 Prozent des Stromes importieren. Dies zeigt deutlich: Die Schweiz, die früher Strom exportierte, wird zunehmend ein Importland. Ohne neue Kraftwerke im Inland wird die Schweiz nach Beurteilung von NOK-Experten zunehmend vom Ausland abhängig.

Die Strom-Importquote steigt in der Schweiz seit einigen Jahren kontinuierlich an. Erstmals musste die Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK) bereits im Oktober 2005 Strom für die Versorgung in der Nordostschweiz importieren. Die Importmenge stieg von 170 Mio. Kilowattstunden (kWh) im Oktober auf 472 Mio. kWh im Dezember an. Bis März verflachte die Kurve schrittweise bis zum Total von 1300 Mio. kWh. Diese Menge entspricht knapp dem kumulierten Jahresverbrauch der Städte Luzern, St. Gallen und Winterthur bzw. 15 Prozent der im Winter benötigten Versorgungsenergie für die Nordostschweizer Kantone und weitere Kunden in der Schweiz von total 8600 Mio. kWh (inkl. Pumpenergie und Verluste usw. 9000 Mio. kWh). Hauptursache für diese massiven Importe war die seit September 2005 ungewöhnlich niedrige Wasserführung der Flüsse und die lang anhaltende Kälteperiode. Ohne die privilegierten vertraglichen Stromlieferungen aus französischen Kernkraftwerken und zusätzlichen Stromeinkauf via Börsen wäre die Versorgungssicherheit nicht mehr aufrechtzuerhalten gewesen.

Reserven sind aufgebraucht

Der Stromverbrauch in der Schweiz ist in den letzten 20 Jahren, seit der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Leibstadt 1984, durch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung und die steigenden Komfortansprüche einer wachsenden Bevölkerung um über 45 Prozent gestiegen, die Inlandproduktion dagegen nur um rund 25 Prozent, wovon der grösste Teil auf

das Kernkraftwerk Leibstadt entfällt. Die früheren Reserven sind aufgebraucht; nach Leibstadt ging keine nennenswerte Neuanlage in Produktion. Der Stromkonsum stieg aber weiter an mit jährlich rund zwei Prozent. Allein zur Deckung dieses jährlichen Mehrverbrauches wären pro Jahr vier neue Laufkraftwerke wie jenes am Rhein bei Eglisau nötig.

Importstrom wird teurer

Die EU hält in ihrem kürzlich erschienenen Grünbuch «Energie für die Zukunft» fest, dass die früher in Europa vorhandenen Überkapazitäten nicht mehr vorhanden sind. Die Auswirkungen von europaweit steigendem Stromkonsum bei seit Jahren mangelhaftem Zubau an neuen Produktionskapazitäten bekam auch die Schweiz in diesem Winterhalbjahr deutlich zu spüren. Der von der NOK produzierte Strommix kostet ab Werk durchschnittlich 5 bis 6 Rappen pro kWh. Dagegen schwankten die Börsenpreise und damit teilweise auch die Beschaffungspreise der NOK, in Leipzig diesen Winter zwischen 8 und 12 Rappen pro kWh für rund um die Uhr verfügbare Bandenergie. Das von der EU geforderte Engpassmanagement an der Grenze Deutschland/Schweiz verteuert den Importstrom seit Januar 2006 nochmals massiv. Je nach Monat kostete allein dieser «Grenzübertritt» über den Rhein, umgerechnet auf ein Monatsband, zwischen 0,5 und 2 Rappen pro kWh. Das erhöht den Preis des importierten Stroms zusätzlich um 6 bis 16 Prozent. Importstrom ist somit doppelt so teuer wie Strom aus eigenen Kraftwerken.

Langfristverträge sind gefährdet

In der EU sind derzeit politische Bestrebungen im Gange, Langfristverträge über mehr als zwei Jahre zu unterbinden. Langfristverträge, wie sie die Schweiz mit Frankreich besitzt, sollen zugunsten von Marktmechanismen stark eingeschränkt werden. Dieser Punkt wird in den nächsten Monaten ein wich-

tiges Traktandum von bilateralen Gesprächen Schweiz-EU sein. Zusammen mit dem «Engpassmanagement» (Auktionen) an den Landesgrenzen dürfte der Stromimport durch die neuen Entwicklungen tendenziell verteuert werden. In dieser Situation tut die Schweiz gut daran, sich nicht auf zunehmend unsicher erscheinende Importmöglichkeiten zu verlassen. Für die NOK ist die Option Stromimport als langfristiger Beitrag zur Deckung der bevorstehenden Stromlücke jedenfalls stark in den Hintergrund getreten.

Weitere Auskünfte:

Hansjörg Schnetzer, NOK
Telefon 044 278 41 23
www.nok.ch, www.axpo.ch

AVES Pfannenstil:

Weiterhin mit professionellen Fakten

Die beiden aktuellen Veröffentlichungen sind kurz und trotzdem finden sie alle notwendigen Angaben für eine fundierte Diskussion:

- **Der Störfall im Kernkraftwerk Forsmark 1 (Bulletin 54)**
- **Kernenergie und CO₂-Produktion (Bulletin 55)**

Die beiden Informationen können im Internet unter www.aves-zh.ch unter «Aktuelle Infos» eingesehen werden.

Unter «Archiv» finden Sie auf den gleichen Seiten viele interessante und wichtige Hinweise zu über 70 Sichtworten von Alpha-Strahlen bis X-rays. Der Autor Dr. Arthur Ruh, dipl. Physiker ETH, bürgt für konstante, hohe Qualität der Veröffentlichungen.

Für Ihren mutigen Einsatz im Interesse vernünftiger Energiepolitik danken wir Ihnen sehr herzlich und wünschen Ihnen ein gutes Jahr in Gesundheit. Vorstand AVES Schweiz und Redaktion «Bulletin»

Schweizerische Energiestiftung:

Gegen Gaskraftwerke

Die politisch links stehende Schweizerische Energiestiftung SES hat am 7. Dezember ein Positionspapier veröffentlicht, in welchem sie sich gegen die Stromproduktion mit Gaskraftwerken ausspricht: Sie sei klimapolitisch nicht vertretbar und gefährde die Versorgungssicherheit. Falls trotzdem Gaskraftwerke gebaut werden sollten, fordert die SES als Bedingung für die Erteilung der Betriebsbewilligung, dass sich die Betreiber zu verbindlichen Kompensationsprogrammen im Inland sowie – im Fall von kleineren Anlagen – zu einer vollständigen Abwärmenutzung verpflichten.

Erdgas sei eine endliche und nicht erneuerbare Ressource. Eine nachlassende Förderrate und die zunehmende Herkunft aus politisch instabilen Weltregionen

würden die Versorgungssicherheit hochgradig gefährden. Zusätzlich würden diese Gaskraftwerke den CO₂-Ausstoss der Schweiz stark erhöhen, was unverantwortlich und kaum anderweitig kompensierbar wäre, schreibt die SES.

Der «Gas Peak» werde aller Voraussicht nach in den nächsten 20 Jahren erreicht sein. Danach werde die Förderrate unweigerlich zurückgehen, die Preise werden steigen und die Abhängigkeit von politischen Krisengebieten werde zunehmen. Aus diesen Gründen lehnt die SES Investitionen in Gaskraftwerke als auf Sand gebaut ab. Auch lasse der über das Kyoto-Protokoll hinaus notwendige Klimaschutz keine neuen CO₂-Emittenten zu. Grosse Gaskraftwerke sind aber realistischlicherweise nicht CO₂-neutral zu betreiben.

Die Schweiz ist bereit für Kyoto

Der Bundesrat hat am 8. November den Bericht der Schweiz zuhanden der Klimakonvention verabschiedet. Dieser dokumentiert, dass die Schweiz die formalen Voraussetzungen für die Umsetzung ihrer Kyoto-Verpflichtung erfüllt. Der Bericht wird im kommenden Jahr von den Experten der Klimakonvention einer genauen Überprüfung unterzogen. Der Stand der Vorbereitungen lässt gemäss UVEK erwarten, dass die Schweiz nach erfolgter Überprüfung per Anfang 2008 grünes Licht für die vollberechtigte Mitwirkung am Kyoto-Protokoll erhalten wird.

Jedes Land, das sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet hat, die klimaschädigenden Treibhausgase zu reduzieren, muss der Klimakonvention bis Ende 2006 einen Bericht einreichen. Dieser dient der präzisen Bestimmung der Reduktionsverpflichtung. Zudem muss einerseits die Nutzung der im Protokoll vorgesehenen CO₂-Senken angekündigt und andererseits belegt werden, dass das Land in der Lage ist, detailliert Rechen-schaft über seine Emissionen abzulegen.

Die Schweiz hat sich im Kyoto-Protokoll verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen um 8 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Die Schweiz darf aufgrund dieser Verpflichtung

zwischen 2008 und 2012 maximal 242,65 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente emittieren. Diese der Schweiz zuteilgeleiteten «Assigned Amounts» ergeben sich aus der folgenden Berechnung: 92 Prozent des Emissionsvolumens von 1990 im Jahresdurchschnitt zwischen 2008 und 2012. Gemäss Treibhausgasinventar verursachte die Schweiz 1990 52,75 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Die zuteilgeleitete Emissionsmenge für die 5 Jahre entspricht folglich $52,75 \times 5 \times 0,92 = 242,65$ Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten.

Voraussetzung für diese Berechnung ist ein mit den Vorgaben der Klimakonvention konformes Treibhausgasinventar, das die Emissionsentwicklung seit 1990 lückenlos, zuverlässig und transparent dokumentiert. Das Schweizer Treibhausgasinventar wurde unter Federführung des BAFU seit 2003 schrittweise an die Anforderungen des Kyoto-Protokolls angepasst.

Die Schweiz beabsichtigt, sich die Senkenwirkung durch die Pflege der Wälder anrechnen zu lassen. Die Höhe des Beitrags, den der Waldzuwachs an die Zielerreichung leisten kann, lässt sich allerdings im Voraus nicht beziffern, da er unter anderem von Witterungseinflüssen abhängig ist.

Die Schweiz braucht neue Kernkraftwerke:

Auch Atel prüft Kernkraft-Option

Zwei neue Kernkraftwerke für die Schweiz ist die Forderung von Giovanni Leonardi, CEO von Atel, ein Kernkraftwerk zum Ersatz der drei älteren in der Schweiz in Betrieb stehenden Reaktoren und ein Kernkraftwerk für den Ersatz der auslaufenden Lieferverträge mit Frankreich. Atel ist deshalb daran, ein Kernkraftprojekt ernsthaft zu prüfen.

Im Vordergrund stehen für Leonardi die bestehenden Standorte – aus Gründen der Infrastruktur und aus Gründen der

Akzeptanz. Angesichts der Wichtigkeit der Energiefrage ist Leonardi überzeugt, eine Mehrheit der Stimmbevölkerung für die Kernenergie gewinnen zu können.

Ohne rechtzeitig verfügbare neue Erzeugungskapazitäten werde es in der Schweiz zu gezielten Stromabschaltungen kommen müssen, fürchtet Leonardi. Zu diesem Zweck arbeite der Bundesrat derzeit eine Abschaltverordnung aus.

Nach der CO₂-Debatte des Ständerates:

Kein Verständnis für dieses CO₂-Abgabe-Modell

Zum Erstaunen der AVES hat am 14. Dezember 2006 auch der Ständerat die bedingte dreistufige Einführung der CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe gemäss Nationalrat beschlossen. Wie die Kommissionsmehrheit war auch die AVES überzeugt, dass eine Einführung erst bei einer gewissen Unterschreitung des Heizölpreises (Fr. 64.– auf 100 Liter) erfolgen sollte, denn es besteht sehr wohl ein Zusammenhang zwischen hohen Energiepreisen und CO₂-Emissionen. Die beschlossene Abgabe knebelt einmal mehr den Werkplatz Schweiz, denn unser Land braucht zur Erreichung der Klimaschutzziele gar keine solche Abgabe.

Tagung vom 18. Januar 2007 im Kongresshaus in Biel-Bienne:

Die Fernwärme auf neuen Wegen

Bremst die Welt nicht heute den Ausstoss der Treibhausgase, könnte die Temperatur weiter ansteigen. Es sind nicht die Schwellenländer, die für die heutige Situation verantwortlich sind. Der Schwarze Peter liegt bei den Industriestaaten. Diese müssen handeln und Lösungen realisieren, um ohne Komforteinbusse die Energie rationeller zu nutzen. Fern- und Nahwärmesysteme sind nicht das Ei des Kolumbus, aber helfen mit, die Wärme von Energiequellen zu den Kunden der Komfortenergie zu bringen. Nicht hochwertige Energieträger, sondern Abfall, Abwärme und erneuerbare Energieträger kommen zur Anwendung.

Zum 6. Mal in Folge findet am 18. Januar 2007 die vom «**Verband Fernwärme Schweiz**» jährlich organisierte Tagung «**Die Fernwärme auf neuen Wegen**» statt. Dieses Jahr nicht in Zürich, sondern im Kongresshaus Biel-Bienne. Die Tagung ist dem Thema «**Aktuelle Fragen und Innovationen**» gewidmet. Erstmals wird die Tagung ganztägig mit Simultanübersetzung in die französische Sprache durchgeführt. Am Vormittag sind 4 Grundsatzreferate zum Thema Energiepolitik vorgesehen. Unter kompetenter Leitung von Marc Gusewski, freier Journalist,

Gaskombikraftwerke als Option für gesicherte Stromversorgung

Vor allem wenn die Verhinderungstaktik gewisser Kreise gegen die notwendige Erneuerung schweizerischer Kernkraftwerke anhält, müssen wir Gaskombikraftwerke als Option für die gesicherte Stromversorgung in unserem Lande wohl oder übel offenhalten. Doch warum eigentlich müssen deren CO₂-Emissionen zum grössten Teil in der Schweiz kompensiert werden? Damit würden wir unserer produzierenden Wirtschaft zusätzlich schaden.

wird in einer Podiumsdiskussion mit den 4 Referenten das Vormittagsprogramm abgerundet.

Der Nachmittag ist in 3 Teile gegliedert. Im 1. Teil werden «Innovationen in der Fernwärmeversorgung» vorgestellt, während im 2. Teil interessante Projekte zum Thema «Fernwärme aus erneuerbaren Energien» behandelt werden. Im 3. Teil informieren die Referenten über «Aktuelle Themen» im Energiebereich.

In den Pausen haben die Tagungsteilnehmer die Möglichkeit, in einer faszinierenden Weinreise durch die Schweiz, Produkte von erfolgreichen Winzern aus der Region kennen zu lernen.

Dem Veranstalter ist es dieses Jahr wiederum gelungen, 14 bestens ausgewiesene Referenten aus dem In- und Ausland zu verpflichten. Die Moderation übernimmt Hans Fahrlander, Redaktor und Autor, Aargauer Zeitung und Mittellandzeitung, Aarau.

Auskunft und Anmeldung: Verband Fernwärme Schweiz
Walter Böhlen, Präsident
Telefon 056 496 28 70
info@fernwaerme-schweiz.ch
www.fernwaerme-schweiz.ch

PRÄSIDENT

lic. iur. Rolf Schweiger, Ständerat, Baar ZG

VIZEPRÄSIDENT

lic. iur. Konrad Studerus, Edlibach ZG

VORSTAND

Dr. Maximilian Reimann, Ständerat,
GipfOberfrick AG
Elvira Bader, Nationalrätin, Mümliswil SO
Walter Jermann, Nationalrat, Dittingen BL
Eric Weber, Ing. ETS, Yverdon VD
Jörg H. Krammer, dipl. Ing. TUG, Winterthur ZH
Walter F. Böhlen, Gemeinderat,
Niederrohrdorf AG
Alfred Marthaler, Kirchlindach BE
Jean-Pierre Bommer, Geschäftsführer FRE,
Lausanne VD
Erich Kaufmann, dipl. Ing. HTL, Ennenda GL

REDAKTION

Bruno Fäh, Sekretariat AVES Schweiz
Postfach 2124, 8027 Zürich
Telefon 01 212 40 90, Fax 01 212 65 69

INTERNET

www.aves.ch

MAIL

info@aves.ch

DRUCK

Victor Hotz AG, Steinhausen
Erscheint vierteljährlich

AZB
8027 Zürich

aves persönlich

Ohne redaktionelle Verantwortung

Klimaschutz in Gefahr?

Von der Öffentlichkeit in unterschiedlichem Mass wahrgenommen, wird das Problem der zunehmenden Erderwärmung in der Wissenschaft intensiv diskutiert. Zwar sind die Ursachen der auch bei uns steigenden Temperaturen noch nicht restlos geklärt, doch herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Folgen einer globalen Erwärmung für Mensch und Natur verheerend sein werden. Das Klima in Mitteleuropa würde extremer, unter anderem würden im Sommer Dürreperioden, im Winter Stürme zunehmen usw. Katastrophale Auswirkungen hätte ein signifikantes Ansteigen der Weltmeere aufgrund abschmelzender Eiskappen an Nord- und Südpol.

Aus Teilen eines aktuellen UNO-Berichts geht hervor, dass derzeit die höchste Konzentration von Treibgasen (Kohlendioxid, Methan, Lachgas usw.) der letzten (mindestens) 650 000 Jahre vorliegt. Vor allem Kohlendioxid (CO₂) gilt als einer der wichtigsten Verursacher des Treibhauseffekts. Der Bericht rät, die CO₂-Emissionen weltweit um 60 Prozent zu drosseln, damit keine weitere Verschlimmerung mehr eintritt.

Es erstaunt daher, dass gerade in einem fortschrittlichen und aufgeklärten Land wie der Schweiz ernsthaft darüber diskutiert wird, zwei Gaskraftwerke zu errichten. Kommt die Produktion elektrischen Stromes in der Schweiz heute so gut wie ohne CO₂-Emissionen aus

(Wasser- und Kernkraft machen es möglich!), würde der Ausstoss von CO₂ hierzulande mit dem Verbrennen von Gas massiv (und ohne Not) gesteigert. Dabei hätte Erdgas doch eine wichtige Funktion bei der Substitution von Erdölprodukten als Fahrzeugtreibstoff zu spielen. Erdgas hinterlässt markant weniger Russen als Benzin oder Diesel. Auch die CO₂-Emissionen fallen geringer aus, wenn ein Motor mit Erdgas anstatt herkömmlichen Treibstoffen betrieben wird.

Es zeigt sich einmal mehr: Auf den richtigen Mix kommt es an; Vorurteile – seien es positive oder negative – helfen nicht weiter. Energiepolitisch ist die Schweiz auf alle Energieträger angewiesen; für Grosskraftwerke müssen CO₂-freie Varianten im Vordergrund stehen.

Corinne Zellweger (Geroldswil) und Reto Müller (Münchwilen), Mitglieder der AVES Aargau

Die Schweiz braucht neue Kernkraftwerke

Die FDP äussert sich klar darüber, dass wir zur Lösung der sich ankündenden Stromverknappung neue Kernkraftwerke brauchen. Richtigerweise lehnt sie gasgefeuerte Grosskraftwerke ab (NZZ 6. 12. 06). Wir können uns keinen zusätzlichen CO₂-Ausstoss mehr leisten. Es besteht dringender Handlungsbedarf zur Lösung unseres Energieproblems. Alle alternativen Produktions-

möglichkeiten und der Wille zum Stromsparen sind begrüssenswert. Hingegen können sie die künftige Versorgung nicht abdecken, sofern wir unseren Lebensstandard erhalten wollen. Es muss auf einer Ebene angepackt werden, welche bis heute kaum jemand anzurühren wagte. Das Problem liegt bei den unglaublich langwierigen und komplexen Bewilligungsverfahren für Kernkraftwerke, welche leider beinahe als Instrument zur Bauverhinderung betrachtet werden müssen. So sehen die grossen Stromversorger in der Schweiz momentan auch nur Gaskraftwerke als wirksame Überbrückungsmöglichkeit im grösseren Stil. Das empfinde ich als Kapitulation vor dem Bewilligungsdschungel, den wir uns selber geschaffen haben. Unter der Federführung des Bundes, speziell der zuständigen Bundesämter, müsste dieses Dickicht entwirrt werden. Die FDP verlangt in kurzen Worten, dass die Verfahren zu kürzen seien. Ich hoffe, dass wir dazu noch fähig sind.

Alexander Streichenberg, Wettingen

Jahr für Jahr erreicht der Stromverbrauch dank uns Konsumenten neue Rekordmarken. Nun liegt es an uns Stimmbürgern, endlich den Bau neuer Kernkraftwerke zu verlangen. Es gilt, bisherige und neue Standorte zu prüfen. Offerten für Reaktoren müssen angefordert werden!
Michael Fehr, Schaffhausen

- AG** AVES Aargau
Walter Forrer
Winkelweg 2, 5727 Oberkulm
walter.forrer@bluewin.ch
- BE** AVES Bern
Beat Schauwecker
Schulweg 6, 3013 Bern
bern@aves.ch
- BS/BL** AVES Region Basel
Walter Jermann, Nationalrat
Blauenweg 10, 4243 Dittingen
wjermann@bluewin.ch
- GL** AVES Glarus
Erich Kaufmann
Neubauquartier 9
8755 Ennenda
ek@nok.ch
- GR** AVES Graubünden
Dr. Theo Portmann
Alexanderstrasse 1, 7000 Chur
- LU** AVES Luzern
Michel Caliaro
Habermattweg 24, 6010 Kriens
- NW** AVES Nidwalden
Postfach 1004, 6371 Stans
- SG** AVES St. Gallen/Appenzell
Mario David
Kreuzstrasse 31, 9032 Engelburg
david_mario@bluewin.ch
- SH** AVES Schaffhausen
Hans-Rudolf Steinegger
Villenstrasse 8
8200 Schaffhausen
- SO** ASE Solothurn
Postfach 130, 4504 Solothurn
- SZ** AVES Schwyz
Hans Gnos
Tannenweg 9, 6410 Goldau
- TG** AVES Münsterlingen
Postfach 146, 8596 Münsterlingen
- TI** ASPER Ticino
Casella postale 24, 6948 Porzadino
bornatica@bluewin.ch
- UR** AVES Uri
Marlies Z'graggen
Hellgasse 63, 6460 Altdorf
- VS** AVES Oberwallis
Postfach 281, 3930 Visp
- ZG** AVES Zug
Postfach 1342, 6301 Zug
konrad.studerus@datazug.ch
- ZH** AVES Pfannenstil
Postfach 412, 8636 Wald
info@aves-zh.ch

AVES Winterthur
Postfach 1545, 8401 Winterthur
mail@dieterklaey.ch
- FRE** Fédération romande pour l'Energie FRE
Case postale 673
1000 Lausanne 1
jpbommer@bluewin.ch